

IOW-Pressemitteilung vom 13. 12. 2011

Sperrfrist: 14. 12. 2011

Die Zukunft der Ostsee:

Projektkonsortium präsentiert Ergebnisse aus dreijähriger Forschung vor Vertretern der Umweltbehörden

Sollte der Fleischverzehr der Bevölkerung in den Ostseeanrainerstaaten weiter so ansteigen, wie es derzeit prognostiziert wird, rücken die Ziele der Umweltpolitik, so wie sie im Ostsee Aktionsplan festgelegt sind, in weite Ferne.

Dies ist nur ein Ergebnis des europäischen Projektes AMBER, in dem WissenschaftlerInnen aus zehn Forschungseinrichtungen der Frage nachgegangen sind, ob und, wenn ja, wie sich der Klimawandel einerseits und die anhaltende Überdüngung andererseits, in ihrer Kombination auf das Ökosystem Ostsee auswirken.

Die Forscher gingen in einem dreifachen Ansatz vor:

- Mithilfe der Analyse historischer Langzeitdaten wurden die Möglichkeiten und Grenzen der Vorhersagbarkeit von Veränderungen des Ökosystems ausgelotet.
- Gekoppelte Klimamodelle und Landnutzungsmodelle errechneten Szenarien zukünftiger Umweltzustände.
- Gezielte Messkampagnen widmeten sich dem Einfluss der Überdüngung auf die Küstengewässer im Lichte des Klimawandels.

Am Mittwoch, den 14. Dezember 2011 stellen die an AMBER beteiligten WissenschaftlerInnen ab 10 Uhr ihre Ergebnisse im Rahmen eines Workshops im Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde einem geladenen Publikum aus Journalisten, Vertretern der Umweltbehörden, Interessensverbänden der Fischerei- und Landwirtschaft sowie Ingenieurbüros vor. Am Nachmittag, ab 14:15 Uhr, wird im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Frage „Wie kommen wissenschaftliche Erkenntnisse zur Politik?“ nachgegangen.

AMBER wurde im Rahmen des europäischen BONUS+ Programmes gefördert. Die Beteiligung der deutschen Partner wurde vom Bildungsministerium für Bildung und Forschung BMBF finanziert.

Kontakte für Rückfragen:

PD Dr. Joachim Dippner, 0381 / 5197 229, Projektkoordinator IOW oder

Dr. Barbara Hentzsch, 0381 / 5197 102, Öffentlichkeitsarbeit, IOW

Das IOW ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, zu der zurzeit 87 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung gehören. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial-

und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Bund und Länder fördern die Institute gemeinsam. Insgesamt beschäftigen die Leibniz-Institute etwa 16.800 MitarbeiterInnen, davon sind ca. 7.800 WissenschaftlerInnen, davon wiederum 3.300 NachwuchswissenschaftlerInnen. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,4 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 330 Mio. Euro pro Jahr. (www.leibniz-gemeinschaft.de)

